



## **Rechtsausschuss**

### **60. Sitzung (öffentlich)**

29. Juni 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP) (Vorsitzender)

Hartmut Ganzke (SPD) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Stefan Ernst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

kommt der Ausschuss überein, als Tagesordnungspunkt 1 einen Bericht der Landesregierung zum Todesfall in Duisburg einzufügen, den bisherigen Tagesordnungspunkt 9 „Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf“ als Tagesordnungspunkt 2 vorzuziehen sowie den bisherigen Tagesordnungspunkt 6 „Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen unverzüglich unterbinden“ als Tagesordnungspunkt 3 vorzuziehen und die übrigen Tagesordnungspunkte danach zu beraten.

#### **1 Todesfall in der JVA Duisburg-Hamborn**

Bericht der Landesregierung

**8**

- 2 Dritter Todesfall binnen zwei Monaten in der JVA Wuppertal-Ronsdorf**  
(TOP beantragt von der CDU-Fraktion, siehe Anlage) **15**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4051

- 3 Aktivitäten der LIES! GmbH und verbundener Organisationen**  
**unverzüglich unterbinden** **19**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/11903

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, diesen  
Tagesordnungspunkt ohne Votum zu schieben.

- 4 Organstreitverfahren der PIRATEN-Fraktion im Landtag Nordrhein-**  
**Westfalen gegen 1. den Landtag Nordrhein-Westfalen 2. die**  
**Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen wegen unterbliebener**  
**Wahl eines Mitglieds der Antragstellerin zum vierten Vizepräsidenten**  
**des Landtags** **20**

VerfGH 6/16  
Vorlage 16/3977

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, aufgrund  
eigener Betroffenheit des Landtags eine Stellungnahme  
abzugeben.

- 5 Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum**  
**Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr**  
**2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)** **21**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12117

Vorlage 16/4049

In Verbindung mit:

**Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept**  
**zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur**  
**Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW (TOP beantragt von**  
*der Landesregierung, siehe Anlage)*

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4050  
Vorlage 16/4086

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW“ mit in seine Beratungen zu TOP 5 einzubeziehen.

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt Drucksache 16/12117 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN zu.

**6 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen**

**28**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/10379

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der GRÜNEN

*(Tischvorlage, siehe Anlage)*

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag *(Tischvorlage, siehe Anlage)* mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP zu.

Sodann nimmt der Ausschuss den Gesetzentwurf Drucksache 16/10379 in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP an.

**7 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung des Landeszustellungsgesetzes**

**29**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/11845

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/11845 mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der PIRATEN zu.

**8 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 31**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12068

Der Ausschuss kommt ohne Aussprache überein, sich an der Anhörung im federführenden Ausschuss fakultativ zu beteiligen.

**9 Rechtliche Hürden für polizeiliche Videobeobachtung senken – mehr Sicherheit ermöglichen! 32**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/12121

Der Ausschuss kommt überein, sich an einer noch zu beschließenden Anhörung des federführenden Innenausschusses nachrichtlich zu beteiligen.

**10 Sachbehandlung der Staatsanwaltschaft Münster im Hinblick auf Anklageerhebung wegen des Tötens männlicher Eintagsküken in der Massentierzucht (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 33**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4052

**11 Projekt zur Strafverfolgung erwachsener Intensivtäter in Duisburg (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) 41**

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4053

Vorlage 16/4212

- 12 Sachstand der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs (ERV) in der Justiz in Nordrhein-Westfalen** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **42**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4054

- 13 Offene Fragen zur PEBB§Y-Fortschreibung 2014** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **44**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4055

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 14 Neubau des Amtsgerichts Gummersbach ohne den BLB – ist der Landesbetrieb nicht zu marktüblicher Preisgestaltung in der Lage?** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion, siehe Anlage) **45**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 16/4056

Eine Aussprache findet nicht statt.

- 15 Verschiedenes** **46**

a) Sitzungstermine 2017

b) Bericht der Landesregierung über beim Bundesverfassungsgericht anhängige Verfahren, Vorlage 16/4029

Der Ausschuss kommt überein, die Zuständigkeit des Rechtsausschusses zur Kenntnis zu nehmen.

c) Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung

Der Ausschuss kommt überein, eine Sachverständigenanhörung am 7. September 2016 zwischen 16 Uhr und 17:30 Uhr nach einer maximal zweistündigen regulären Sitzung des Rechtsausschusses durchzuführen und jeder Fraktion das Recht zu geben, einen Sachverständigen zu benennen.

d) Pressemitteilung der CDU-Fraktion aus der laufenden Sitzung

e) Hinweis auf die nächste Ausschusssitzung am 7. September 2016

\* \* \*

**5. Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/12117

Vorlage 16/4049

In Verbindung mit:

**Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW** (TOP beantragt von der Landesregierung, siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung

Vorlage 16/4050  
Vorlage 16/4086

**Minister Thomas Kutschaty (JM)** führt ein:

Ich glaube, dass es gelungen ist, die Chance eines Zweiten Nachtrags zu ergreifen und zu nutzen, um deutliche Akzentsetzungen auch im Bereich der Justiz in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen zu können.

Einige Punkte sind sehr gut und sehr wichtig für unser Land und für die Justiz in unserem Land. Einen Punkt erörtern wir im Rahmen der Beratung eines anderen Tagesordnungspunktes; das ist das, was Herr Kollege Wedel eben schon angesprochen hat. Wir müssen uns darauf einstellen, dass sich die Belegungsstruktur und -situation in unseren Haftanstalten nicht nur kurzfristig, sondern zumindest für einen gewissen Zeitraum verändern wird. Sie hat sich diesbezüglich auch schon verändert.

Wir haben einen deutlichen Anstieg der Zahl von Untersuchungsgefangenen insbesondere auch mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft. An der einen oder anderen Stelle gibt es durchaus Probleme im Bereich von Sprachbarrieren, vom Verständnis deutscher Vollzugsabläufe, von Werten, vom Respekt gegenüber weiblichen Beschäftigten. Dabei sehen wir erheblichen Nachsteuerungsbedarf. Deshalb soll dieser Zweite Nachtragshaushalt der Justiz zur Bereitstellung von 79 zusätzliche Planstellen und Haushaltsmitteln in Höhe von 3 Millionen € dienen, damit wir in diesem Bereich noch besser tätig werden können. Die genauen Inhalte hierzu würden wir im Rahmen der Debatte eines anderen Tagesordnungspunktes besprechen.

Auch die Basiskurse Rechtskunde für junge Flüchtlinge möchten wir finanziell besser ausstatten. Ich erlebe, dass wir sehr viele hoch motivierte Menschen innerhalb der Justiz, der staatlichen Justiz wie auch der Anwaltschaft, haben, die bereit sind, auf Basis des klassischen Rechtskundeunterrichts, den wir schon seit vielen Jahren

an nordrhein-westfälischen Schulen durchführen, auch entsprechende Basiskurse für junge Flüchtlinge anzubieten.

Ich selbst habe in der letzten Woche in Bonn an einer solchen Unterrichtseinheit teilgenommen. Es war wirklich sehr ermutigend, an einem Berufskolleg zu sehen, wie gut die Deutschkenntnisse der 16- bis 18-jährigen Flüchtlinge, die erst ein halbes Jahr in Deutschland sind – die Gruppe von 16 bis 17 jungen Menschen setzte sich aus sechs oder sieben verschiedenen Nationalitäten zusammen –, waren. Zunächst hatte ich mir Sorgen gemacht, ob ich auf einfachem sprachlichem Niveau Themen wie Grundrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau oder deutsches Erziehungsrecht erläutern könnte. Aber das war machbar. Es war eine hochgradig disziplinierte Gruppe, die mucksmäuschenstill und sehr wissbegierig war, deren Mitglieder sich aber auch oft zu Wort gemeldet haben.

Ich fand das sehr ermunternd und finde, dass es sich lohnt, da zu investieren. Wenn wir von den Flüchtlingen erwarten, dass sie sich an unsere Regeln halten, müssen wir ihnen unsere Regeln vermitteln. Das ist ein gutes Signal, das wir landesweit ausbauen möchten. Dafür stellen wir in diesen Nachtragshaushalt Sachmittel in Höhe von 100.000 € für Material oder eine kleine Aufwandsentschädigung der Dozenten ein.

(Beifall von Dagmar Hanses [GRÜNE])

Wir haben bedingt durch den Zuzug vieler junger Menschen, insbesondere der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, eine Zunahme um 42 % bei Vormundschaftssachen. Das führt auch zu einem erhöhten Vergütungsbedarf der Berufsvormünder. Insoweit ergibt sich ein finanzieller Mehrbedarf von 5,3 Millionen €, der im Haushalt nachgezeichnet werden soll.

Ich bin sehr froh, dass es im Kabinett gelungen ist, eine Grundsatzentscheidung zur Generalsanierung der Justizvollzugsanstalt Wuppertal-Vohwinkel herbeizuführen. In diesem Haushalt vollziehen wir diese Entscheidung der Landesregierung mit den entsprechenden Mitteln nach und sehen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 103 Millionen € vor.

Ich möchte allerdings auch erwähnen, dass die Justiz mit diesem Zweiten Nachtragshaushalt nicht nur Geld ausgibt. Darin wird auch abgebildet, dass die ersten Monatszahlen bei Vermögensabschöpfungen und Gerichtsgebühren sehr verheißungsvoll ausfallen, sodass wir davon ausgehen, dass wir in diesem Bereich in diesem Jahr 27 Millionen € mehr als zunächst gedacht einnehmen werden. Auch das wollen wir in diesem Nachtragshaushalt so nachzeichnen. Ebenfalls werden die Auslagen in Rechtssachen höchstwahrscheinlich um 5 Millionen € geringer ausfallen. Sie sehen also: Die Justiz gibt nicht nur Geld aus, sondern sie leistet auch einen Beitrag zur Deckung der notwendigen Mehrausgaben.

**Dirk Wedel (FDP)** dankt für die Erläuterungen und das in der Vorlage enthaltene Zahlenmaterial. Mit dem Nachtragshaushalt werde der in der letzten Ausschusssitzung

geäußerten Anregung des Justizvollzugsbeauftragten Rechnung getragen, Integrationsbeauftragte einzuführen, insofern verweise er auf Seite 169 von Vorlage 16/3927. Diese kurze Zeit sei rekordverdächtig.

(Zustimmung von der SPD und den GRÜNEN)

Diese Umsetzung schein aus seiner Sicht allerdings möglicherweise schon vorher angelegt gewesen zu sein.

Seine Fraktion habe die Auslagen in Rechtssachen schon zweimal zur Gegenfinanzierung ihrer Änderungsanträge im Haushaltsbereich genutzt. Daher sehe er den gewählten Ansatz, die Auslagen zur Finanzierung der Vorhaben heranzuziehen, mit einer gewissen Genugtuung, gebe aber zu bedenken, dass man dieses Finanzierungsmodell schon vorher hätte umsetzen können.

**Sven Wolf (SPD)** wirft ein, ob das eine Zustimmung von Herrn Wedel darstelle.

**Dirk Wedel (FDP)** entgegnet, er werde dazu später noch Ausführungen machen. Jetzt wolle er etwas mehr Wasser in den Wein gießen. Denn geplant sei, 5 Millionen € aus dem Topf zu nehmen, wobei er mehrfach vorgerechnet habe, dass mindestens in den letzten vier Jahren mindestens 20 Millionen € zu viel veranschlagt worden seien. Daher sei er guter Dinge, dass entsprechende Gegenfinanzierungsmöglichkeiten für den Haushalt 2017 auch für die Opposition offenblieben.

Mit Blick auf den Stellenaufwuchs beim Kompetenzzentrum Justiz und Islam wünsche er detailliertere Informationen als bisher über die dortigen Planungen.

Zur Verbesserung der Datenerfassung zur Sicherheit im Justizvollzug sehe der Nachtragshaushalt 135.000 € zusätzlich vor. Er wolle wissen, ob damit auch die Anpassungen bei Basis-WEB zu Informationen über frühere Haftzeiten umfasst seien.

**Jens Kamieth (CDU)** verweist zu einigen Punkten auf Stellungnahmen der Abgeordneten Optendrenk und Kuper. Mit Blick auf die 45 neuen Stellen für Integrationsbeauftragte erläutert er, nach Auffassung seiner Fraktion stelle Integration Teil einer Vorbereitung auf die Resozialisierung dar. Vor diesem Hintergrund wolle er wissen, welchen zusätzlichen Nutzen diese zusätzlichen 45 Integrationsbeauftragten brächten und wie sich die Einschätzung nach dem Vorlegen des ersten Nachtragshaushalts geändert habe.

Des Weiteren wünsche er, darüber informiert werden, ob die zusätzlichen Stellen beim Kompetenzzentrum Justiz und Islam auch die Suche nach gewaltbereiten Salafisten unterstützten und wie diese Stellen besetzt würden.

Seine Fraktion begrüße die Stärkung der Sprachförderung, die einer bereits länger geäußerten Auffassung seiner Fraktion entspreche.

**Vorsitzender Dr. Ingo Wolf** schlägt vor, den Tagesordnungspunkt „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung“ aufgrund inhaltlicher Überschneidungen in der gegenwärtigen Aussprache mitzubearbeiten.

Der Ausschuss kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Gemeinsinn stärken – entschlossen gegen Radikalisierung. Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW“ mit in seine Beratungen zu TOP 5 einzubeziehen.

**Minister Thomas Kutschaty (JM)** antwortet auf die Frage zur Datenerfassung, damit sei die Anschaffung von Fingerscannern zur sichereren Identitätsfeststellung von Personen umfasst. Derzeit werde die dafür notwendige Rechtsgrundlage erarbeitet. Dies diene im Übrigen der besseren Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizeibehörden und Justizvollzugsanstalten. An der Umstellung von BASIS-Web arbeite sein Haus derzeit. Man wolle „Gas geben“, damit das funktioniere.

Die Überlegungen zum Integrations- und Sicherheitskonzept im Justizvollzug erfolgten unter Einbeziehung des Vollzugsbeauftragten im Wesentlichen durch die Fachabteilung des Ministeriums. Frau Loer werde den Ausschussmitgliedern gleich Ausfertigungen der Konzeption zur Nachbearbeitung übergeben. Diesem Konzept lägen Beobachtungen zum deutlich gestiegenen Anteil ausländischer Inhaftierter zugrunde. Dieser habe Ende 2010 28 % der Gesamtinhaftiertenzahl betragen und sei bis Ende 2015 auf 33,6 % gestiegen. Der derzeitige Anteil nichtdeutscher Untersuchungsgefangener an allen Untersuchungsgefangenen betrage 62 %. Mit dem Konzept sollten einige Antworten auf diese Herausforderungen gegeben werden. In Gesprächen mit Personalvertretungen höre er immer wieder von Problemen im Vollzug – insbesondere mit nordafrikanischen Gefangenen.

Ursachen für Auffälligkeiten stellten Sprachprobleme und Sprachbarrieren dar. Bei Häftlingen aus 116 Nationen in Haftanstalten in NRW komme es daher zu Spannungen – nicht zuletzt auch aufgrund der Herkunft aus unterschiedlichen Kulturkreisen. Insbesondere weibliche Beschäftigte erlebten Respektlosigkeiten gegenüber ihrer Person, da Frauen nicht in allen Kulturkreisen als Ordnungspersonen akzeptiert würden. Auffälligkeiten resultierten weiterhin aus Unsicherheiten über den Ablauf deutscher Justiz- und Gerichtsverfahren. Auch im Sinne der Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Haftanstalten gelte es gegenzusteuern.

Mit diesem Nachtragshaushalt sollten Maßnahmen zur besseren sprachlichen Verständigung zwischen Mitarbeitenden und Gefangenen, etwa eine Verstärkung des Sprachkursangebots realisiert werden. So sollten 26 hauptamtliche Lehrerinnen und Lehrer zur flächendeckenden Sprachförderung eingestellt werden. Weiterhin wolle man mit den vorgesehenen Sachmitteln verstärkt Dolmetscherinnen und Dolmetscher hinzuziehen, sofern sich dies als nötig erweise. Weiterhin solle eine bessere technischen Ausstattung mit Tablets und Sprachprogrammen erfolgen, um hiermit einen weiteren Weg für eine bessere Verständigung zwischen Mitarbeitenden und Gefangenen zu eröffnen.

Darüber hinaus sollten Materialien über den Haftalltag und Vollzugsablauf in unterschiedlichen Sprachen entworfen und hergestellt werden, um Abläufe und Erwartungen an Gefangene stärker als bisher transparent zu machen. Dies könne auch durch

Informationsfilme und die Bestellung von Integrationsbeauftragten erfolgen. Die vorgesehenen 45 Planstellen umfassten 23 Stellen des Sozialdienstes und 22 Stellen des Allgemeinen Vollzugsdienstes. In jeder Justizvollzugsanstalt solle es zukünftig einen Dienstposten für einen Integrationsbeauftragten oder eine Integrationsbeauftragte geben, die sich unter anderem mit der Verbesserung von Kommunikation und der besseren Erfassung der tatsächlichen Bedürfnisse beschäftigen werde.

Nach wie vor gelte es, Radikalisierungen im Vollzug zu verhindern. Auch wenn sich die Sachlage in Nordrhein-Westfalen nahezu unverändert darstelle, solle weiterhin vorgebeugt werden. Dem diene auch die personelle Verstärkung des Kompetenzzentrums Justiz und Islam. Diese Einrichtung solle sich nicht nur um den Strafvollzug, sondern um alle justiziellen Belange kümmern und sowohl für Justizvollzugsanstalten als auch etwa für Staatsanwaltschaften oder Gerichte Hintergrundinformationen zur Verfügung stellen. Zwei hoch motivierte Islamwissenschaftler seien derzeit als Mitarbeiter eingestellt worden und entwickelten derzeit Ideen für eine Verstärkung und Verbesserung des Beratungsangebotes. Mit beiden habe er bereits Gespräche geführt. Die Finanzierung dieser beiden Stellen sei aus einem anderen Haushaltsansatz als dem in Rede stehenden erfolgt.

Für sehr wichtig erachte der Minister die Integrationschancen nach der Haftentlassung, sofern keine Ausweisung erfolge. Hierbei gehe es um das Bereitstellen von Vermittlungsangeboten. Mit Blick auf die Reduzierung der Rückfallgefahr müsse ein besonderes Augenmerk auf die Gestaltung der Zeit nach der Haft gelegt werden. Auch in diesem Bereich wolle man die Mitarbeitenden durch besondere Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz, Ausländerrecht und Spracherwerb schulen.

**Vorsitzender Dr. Ingo Wolf** sagt zu, das verteilte Konzept als Vorlage aufzubereiten. Des Weiteren stelle er anheim, das Konzept entweder heute abschließend zu diskutieren oder es in einer weiteren Ausschusssitzung auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Dirk Wedel (FDP)** dankt für die Erläuterungen und bittet darum, die ausgeteilte Konzeption als Vorlage für zukünftige Referenz bereitzustellen.

Sodann fragt er nach, woraus sich die Diskrepanz zwischen den 45 zusätzlichen Stellen für Integrationsbeauftragte und der geringeren Zahl der Justizvollzugsanstalten in NRW ergebe. Weiterhin möchte er wissen, ob es sich dabei um eigene Organisationseinheiten handele.

Er rege an, die hinter dem Kompetenzzentrum stehende Konzeption in einer weiteren Ausschusssitzung zu thematisieren. Hilfsweise könne auch ein Bericht vom Ministerium vorgelegt werden. Ihn interessierten auch die Aufgabenzuschnitte der geplanten Stellen und praktische Fragestellungen wie die Bekämpfung von Paralleljustiz.

**Jens Kamieth (CDU)** fragt nach, ob es sich bei der vom Minister genannten Zahl von 62 % auch um Deutsche mit Migrationshintergrund handele.

**Dagmar Hanses (GRÜNE)** wirft ein, Herr Kamieth meine die Fälle von Personen mit nichtdeutschem Pass in der U-Haft.

**Jens Kamieth (CDU)** bestätigt dies und vertieft, es gebe auch Deutsche mit einem nichtdeutschen Elternteil oder zwei nichtdeutschen Elternteilen.

Weiterhin wolle er mehr Informationen zu den Einstellungsvoraussetzungen der Integrationsbeauftragten in den Justizvollzugsanstalten erhalten. Er spreche sich im Übrigen auch hierbei für eine Bevorzugung von Frauen aus. Denn es gehe auch darum zu zeigen, dass Frauen in Deutschland gleichberechtigt auch an schwierigen Stellen eingesetzt werden können. Auch Altersunterschiede könnten im Vollzugsalltag zu Problemen führen. Ferner möchte er wissen, ob sich auch JVA-Bedienstete auf diese Stellen bewerben könnten und ob diese gegebenenfalls bevorzugt berücksichtigt würden.

Er wünsche Informationen, ob es ein Belobigungssystem für die Häftlinge gebe, die besonders engagiert an den angebotenen Maßnahmen teilnahmen, bzw. ob Nichtteilnahme sanktioniert werde. Er fragt nach, ob bei Nichtteilnahme an Angeboten ein Datenaustausch mit Sicherheits- und Ausländerbehörden mit Blick auf die Zeit nach der Haft initiiert werden solle.

**Monika Düker (GRÜNE)** spricht sich dafür aus, das Konzept sowohl heute zu besprechen, als es auch in einer weiteren Ausschusssitzung vertieft zu diskutieren. Sie danke dem Ministerium für die Erarbeitung der Vorschläge und dem Justizvollzugsbeauftragten für seine Mitwirkung. Letzteres zeige, dass sich die Einrichtung dieser Stelle bewährt habe und der Beauftragte dem Ministerium und den Abgeordneten mit Rat zur Seite stehe.

Zur Identitätsfeststellung von Angehörigen der Maghreb-Staaten bestehe nicht zuletzt ausweislich des Berichts das Problem von Mehrfachregistrierungen und von Mehrfachidentitäten. Bei den Flüchtlingen existiere nun mit dem neuen Ankunftsnachweis ein neues System zur Vermeidung von Mehrfachregistrierungen. Darauf könnten die Ausländerbehörden, das BAMF und die Polizei zugreifen. Sie rege eine Prüfung an, auch die Justiz etwa auf Basis des Datenaustauschverbesserungsgesetzes zumindest für die neuen Fälle einzubeziehen. Sie begrüße auch den Austausch mit dem Verfassungsschutz, weil in dem Bereich Sicherheitsprobleme lägen und Probleme mit der Rückführung bestünden, weil Herkunftsländer ihre Staatsangehörigen nicht zurücknahmen. Sie rege an, für diese Menschen ohne Rückkehrmöglichkeit in ihre Herkunftsländer und ohne Integrationsperspektive eine Rückkehrberatung zu ermöglichen. Denn es existierten etwa IOM-Programme für eine freiwillige Rückkehr. Sie schlage vor, solche Aspekte bereits im Vollzug anzusprechen.

**Minister Thomas Kutschaty (JM)** erläutert, der Datenaustausch beziehe sich nicht allein auf Flüchtlinge, denn es gehe um genaue Kenntnisse, wer tatsächlich in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten einsitze. Derzeit würden diesbezügliche Kooperationsmöglichkeiten mit Verfassungsschutz und Polizei auf Bundes- und Landesebene sowie deren rechtliche Voraussetzungen geprüft.

Für den Umgang mit Nichtteilnahme an JVA-Angeboten für Gefangene existierten unterschiedliche Konzepte in den Haftanstalten. Etwa arbeite man in Jugendhaftanstalten mit einem Stufenmodell, das Anreize zur Teilnahme schaffe, etwa ein verbessertes Freizeitangebot. Diese würden bei Nichtteilnahme reduziert. Diese Konzepte hingen indes von der Klientel der Anstalten ab, sodass die Anstalten aus seiner Sicht zu Recht über einen diesbezüglichen Gestaltungsspielraum verfügten.

Sodann führt er aus, alle 36 Justizvollzugsanstalten in NRW sollten zumindest eine Stelle für Integrationsbeauftragte erhalten. Bei größeren Anstalten seien zwei Stellen vorgesehen. Daraus resultiere der Unterschied zwischen der Zahl der Haftanstalten und den vorgesehenen 45 Stellen.

Sein Haus achte darauf, die Stellen mit hoch motivierten Kolleginnen und Kollegen zu besetzen. Die Stellen im Vollzugsdienst würden mit Personen mit abgeschlossener AVD-Ausbildung besetzt, während im Sozialdienst auch externe Personen zur Bewerbung aufgefordert seien. Integrationsbeauftragte würden von den Alltagsaufgaben freigestellt, um sich den Integrationsthemen zu widmen, und seien nach Möglichkeit organisatorisch direkt bei der Anstaltsleitung angesiedelt.

Das Kompetenzzentrum Justiz und Islam werde sich nicht nur mit dem Strafvollzug, sondern auch mit anderen Justizbereichen beschäftigen, um diesen Beratungshilfe anzubieten, beispielsweise – darüber habe er mit seinem bayerischen Amtskollegen gesprochen – beim Umgang mit Burkas in Gerichtssälen.

Der Minister stellt in Aussicht, dem Ausschuss im Herbst einen detaillierteren Bericht zur geplanten Arbeit des Zentrums vorzulegen, und bietet an, die neu eingestellten Islamwissenschaftler im Rahmen einer Ausschusssitzung oder bei anderer Gelegenheit vorzustellen.

Der Ausschuss stimmt dem Nachtragshaushalt Drucksache 16/12117 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN zu.

Anlage



Justizministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Der Minister



Justizministerium Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf  
Vorsitzender des Rechtsausschusses  
des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Herrn Dr. Ingo Wolf MdL  
40221 Düsseldorf

Seite 1 von 1

08.06.2016

Aktenzeichen  
1025 - II.127  
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Dr. Herzberg  
Telefon: 0211 8792-219

nachrichtlich:

Rechtsausschuss des Landtags  
- Referat I 1-  
40221 Düsseldorf

### Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags am 29. Juni 2016

Anmeldung eines Tagesordnungspunktes

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die vorbezeichnete Sitzung des Rechtsausschusses bitte ich, folgenden Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

#### **Gemeinsinn stärken - entschlossen gegen Radikalisierung Konzept zur Förderung der Integration der ausländischen Inhaftierten und zur Verbesserung der Sicherheit im Justizvollzug NRW**

Es ist beabsichtigt, den Rechtsausschuss über das im Betreff genannte Thema auf der Grundlage eines schriftlichen Berichts zu unterrichten.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Kutschaty

Dienstgebäude und  
Lieferanschrift:  
Martin-Luther-Platz 40  
40212 Düsseldorf  
Telefon: 0211 8792-0  
Telefax: 0211 8792-456  
poststelle@jm.nrw.de  
www.justiz.nrw.de

